

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 12

Artikel: Das Niedersachsenross wird "privatisiert"
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339591>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Niedersachsenross wird «privatisiert»

Die Profilierungssucht des als Kanzlerkandidaten unsanft aus dem Rennen geworfenen Ernst Albrecht, Ministerpräsidenten in Niedersachsen, wirkt immer grotesker. Nicht genug damit, dass er hartnäckig den NDR als Dreiländeranstalt zerschlagen will, um regierungshörige Sender zu installieren, jetzt will er mit seinem CDU-Kabinett auch staatliche Einrichtungen liquidieren.

Universitäten, Schulen, Theater, Museen, Schwimmbäder, Verkehrseinrichtungen, Schlachthöfe, Kanalisationsnetze sollen privatisiert werden. Da es sich hierbei zum Teil um Einrichtungen handelt, die subventionsbedürftig sind, können an die Unternehmer ehemaliger Staatsbetriebe Subventionen gezahlt werden. Das nennt sich in Niedersachsen «private Eigentumsbildung». Mit anderen Worten: Zuerst werden staatliche Einrichtungen verschleudert. Dann sollen Steuergelder den privaten Trägern Gewinne ermöglichen.

Und da die Dienstleistungen kaufmännisch kalkuliert werden, lassen sich schon jetzt gepfefferte Preiserhöhungen voraussagen. Im kulturellen Bereich bietet sich für die Regierung dabei die günstige Möglichkeit, Nonkonformisten kaltzustellen, denn kürzlich wurde dem Kabarettisten Dietrich Kittner bereits ein bescheidener Zuschuss gestrichen. Geprellt werden aber nicht nur die Bürger, sondern auch die Angehörigen im öffentlichen Dienst. Soweit sie nicht anderweitig untergebracht werden können, wird ihnen nämlich von der CDU-Regierung keine Garantie für den sozialen Besitzstand geboten. Damit verletzt das Land die Fürsorgepflicht.

Die Wirtschaftsministerin Birgit Breuel will durch eine Beschränkung der Haushaltsansätze einen «Privatisierungsdruck» ausüben, um die neokapitalistische Ideologie in die Praxis umzusetzen. Diese Tendenz geht in Niedersachsen soweit, dass die Regierung Albrecht den sozialen Wohnungsbau immer mehr vernachlässigt. Die IG Bau-Steine-Erden warf der Regierung eine «unsoziale Wohnungsbaupolitik» vor. Die Zahl der Wohnungen für sozial schwache Antragsteller ging von 7000 im Jahr 1974 auf 689 im Jahr 1978 zurück. 1979 werden nur noch Eigentumswohnungen aber keine Mietwohnungen mehr gefördert.

Hannover hat 1979 Zuschüsse für den Wohnungsbau in Höhe von 34 Millionen Mark verfallen lassen, die Bonn bei entsprechender Beteiligung des Landes gezahlt hätte. Es klingt daher wie Hohn, wenn die Wirtschaftsministerin ausgerechnet von der Kanzel der Celler Stadtkirche die überzogenen Erwartungen an den Staat beklagte. Es fehlte nur noch ein Hinweis darauf, dass Villenbesitzer bevorzugt im Himmel aufgenommen werden.

Unter «Strahlemann» Albrecht wittert die Industrie Morgenluft, wie die

Steueropposition gegen die Stadt Hannover zeigte. Durch den Wegfall der Lohnsummensteuer in Höhe von 118 Millionen wollte die Stadt als Ausgleich die Gewerbesteuer erhöhen, um einen Teilausgleich von 70 Millionen zu erhalten. Die betroffenen Firmen hätten also insgesamt 50 Millionen weniger gezahlt. Doch das genügte den Kapitaleignern noch nicht. Bahlsen, Preussag, Conti, Deutsche Shell und andere drohten, die Stadt zu verlassen.

Die Industrie- und Handelskammer blies ins gleiche Horn und sprach von dem Verlust von «zigtausend Arbeitsplätzen». Schliesslich kam es zu einem Kompromiss auf Kosten der Stadt und der Einwohner, bei dem die Unternehmen besser abschneiden als geplant. Selbstverständlich waren viele Bürger, die keine derartigen Steuernachlässe erzwingen können, erbost, über die Erpressungsversuche. Der DGB hatte zuvor die Erwartung ausgesprochen, dass sich Rat und Verwaltung den Pressionen aus der Wirtschaft nicht beugen, sondern eine am Gesamtwohl orientierte Entscheidung treffen würden. Aber Sieger blieb das Kapital.